

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 8

Köln, den 24. Februar 1933

34. Jahrg.

Taten, nicht Reden beweisen.

Wundergläubigkeit gegenüber politischen Propheten ist eine weit verbreitete Krankheit. Die von ihr befallenen Menschen erleben meist schon nach kurzer Zeit die fatalste Ernüchterung und verlieren durch ihre übertriebene Hoffungslosigkeit nicht nur das politische Gleichgewicht, sondern auch die Kraft zu positivem Handeln. Es ist also schon besser das Prädikat „äußerst mangelhaft“ bezüglich solcher Wundergläubigkeit im Examen davonzutragen, dafür aber den Kopf oben und die Augen offen zu behalten, trotz verwirrender, undurchsichtiger politischer Ereignisse. Zurückhaltung, Vorsicht und Mißtrauen sind besonders dann am Platze, wenn sich neue politische Thesen und Kräfte überlaut und aufdringlich als einzige Rettung anpreisen, ohne ihre Eignung und Brauchbarkeit erprobt und erwiesen zu haben.

Seit einigen Wochen steuert das Reichsschiff einen neuen Kurs. Die Kommandobrücke ist besetzt mit Kräften, die bisher die Opposition in der Politik darstellten und den vorherigen Regierungen das Leben oft genug unbequem gemacht haben. Es ist aber nicht so, als ob die neue Besatzung eine einheitliche geistige Zielrichtung verfolgen, sondern es sind hier Kräfte zusammengespant, die sich doch sehr entgegengesetzten politischen und wirtschaftlichen Glaubensbekenntnissen verschrieben haben. Der Kreiselkompaß des Reichsschiffes wird einer überaus sorgsamten Wartung bedürfen, damit Schäden und Nachteile für Reich und Volk vermieden werden. Ob das möglich ist, ist noch nicht entschieden und mag zweifelhaft erscheinen, wenn das Charakterbild der augenblicklichen Regierungskoalition halbwegs richtig gedeutet wird. Sozialismus irgendwelcher Prägung wird und muß naturnotwendig mit liberal-kapitalistischen Regierungsmethoden in Fehde geraten. Es mag bis zur Erledigung des Wahlkampfes ein so sonderbares Gespann zusammenhalten. Nach den Wahlen kann es nicht ausbleiben, daß die beiden Tendenzen, deren Exponenten Hitler auf der einen und Hugenberg auf der andern Seite sind, in Kollision geraten. Wirkungsvolle und entscheidende Regierungsmaßnahmen wird man in diesen Wahlwochen darum vergebens erwarten. Man hilft sich vor der Hand zur Befriedigung der eigenen Anhänger mit der „Bereinigung“ politischer Beamtenstellen, bevorzugt dabei die aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Persönlichkeiten und spielt im übrigen Begeisterung mit Paraden, Fackelzügen und Rundfunkreden.

Reden anzuhören hat das deutsche Volk, dank der fortgeschrittenen Rundfunktechnik jetzt ausreichend Gelegenheit. Gleich nach der Geschäftsübernahme konnte man den Reichskanzler innerhalb von vierundzwanzig Stunden viermal reden hören. Dreimal allerdings schnurrte nur die Schallplatte ab. Aber die mechanische Wiederholung der Originalrede gab Gelegenheit zu eingehender Prüfung. Auch andere sprachen. Wäre das deutsche Volk nicht so vergeblich, hätte es mehr Sinn für Geschichte und besäße es politischen Instinkt, dann wäre manches wohl ungesagt geblieben, ja dann wäre vieles überhaupt unmöglich. Vergebens suchten wir in der Rede des Kanzlers nach konkreten Angaben darüber, wie der dringlichsten Sorge begegnet werden soll. Angesichts der Lage, in der sich unser Volk befindet, muß oberstes Gesetz aller Politik sein die Schaffung von Arbeit und Brot. An Reden mag man sich begeistern, sie machen nicht satt und lindern keine Not. Welch gewaltiger Erfolg hätte sich erzielen lassen, wenn das angebliche Rezept zur Rettung aus der Schublade hervorgeholt und der

staunenden Mitwelt verkündet worden wäre! Dieses Rezept zur Behebung der Not entwickelt und unverzüglich in Angriff genommen, hätte manche Zweifel beschwichtigt, viele Verzweifelte wieder ausgerichtet. So bot die Rede nur ein Versprechen. Einen Vierjahresplan zur Rettung der Landwirtschaft, einen Vierjahresplan zur Rettung des Arbeiters! Ja, Zeit habe man notwendig, so hörten wir, vier Jahre! Also vorläufig ist es mit Brot und Arbeit für die Millionen, die darauf warten, noch nichts. Aber in vier Jahren vielleicht!

Der Glaube an den unmittelbaren Beginn der sieben fetten Jahre ist bei uns nach den Reden der „anderen“ Regierungshälfte auch nicht lebendiger geworden. Hugenberg, Papen, Selbte sagten der grauen Masse der Werktätigen klug formulierte Worte, die keine Hoffnungen zu erwecken vermögen, aber erhebliche Bedenken auslösen müssen. „Marxismus“ ist bei Hugenbergs Getreuen ein sehr weiter Begriff, der jedes, auch noch so berechtigte selbstbewußte, eigenständige Streben der Arbeiter als „Marxismus“ diffamiert. Die daraus resultierende sozialpolitische Linie seiner arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Einstellung ist offenkundig. Von Papens Haltung in lebenswichtigen Arbeiterfragen bedarf nach den Proben aus dessen Kanzlerzeit keiner Erläuterung. Noch ist die Entrüstung über seine Maßnahmen in der Arbeiterschaft nicht verebht. Wenn Selbte von Kameradschaft und Treue spricht, dann sollte er wissen, daß Schützengrabenromantik nicht das ausschließliche Lebensideal aller deutschen Volksgenossen ist. Kameradschaft und Treue gelten der Arbeiterschaft nicht weniger als andern. In der selbstgewählten und selbstgeschaffenen Gemeinschaft, den Gewerkschaften, übte sie diese Tugenden, lange bevor der Frontgeist Auferstehung feierte. Gedenkt die Regierung das Koalitionsrecht im bisherigen Umfange aufrecht zu erhalten? Auf diese und andere sehr wichtige Fragen vermißt die Arbeiterschaft bisher eine klare, eindeutige Erklärung der Regierung. Eine solche Erklärung aus dem Munde des zuständigen Ministers wäre wertvoller noch als Ausführungen über Kameradschaft und Treue. Oder ist die Schweigigkeit der Regierung bezeichnend für ihre Haltung in dieser Frage?

Dann, deutsche Arbeiterschaft, gilt es! Die Beseitigung des Koalitionsrechtes wäre nicht die einzige und letzte Maßnahme, die der neue Kurs der Arbeiterschaft bescheren würde. Sozialpolitische Verschlechterungen aller Art dürften einem ersten Schritt in der angeordneten Richtung Zug um Zug folgen. Nicht nur „Errungenschaften“, sondern viel mehr noch würde in Trümmer gehen.

Darum heißt das dringlichste Gebot der Stunde: **Stärkung der Gewerkschaften. Hinein in die christlich-nationalen Berufsverbände! Macht die Launen und Gleichgültigen mobil, überzeugt die Zweifler und Nörgler!** Wie eine Sturmflut muß der christliche Gewerkschaftsgedanke die Seele der deutschen Arbeiterschaft erfassen. **Die Kraft und Stärke unserer Idee und Bewegung muß die ängstlichen ermutigen, die Zaudernden mitreißen. Begeisterung aber muß alle befeuern in dem Kampf, den wir zu führen haben gegen soziales Unrecht, für Freiheit und Geltung unseres Standes. Noch ist es Zeit zum Handeln! Wer lässig ist oder feige, verdient sein Schicksal. Wir aber wollen unser Schicksal meistern und mithelfen am Aufbau einer besseren, helleren deutschen Zukunft.**

Sozialpolitik im Wandel der Staatspolitik.

Die „Gesellschaft für Soziale Reform“ veranstaltete Ende Januar in Hannover ihre Jahreshauptversammlung. Das in der Überschrift genannte Thema wurde von mehreren Referenten behandelt, doch erscheinen uns die Ausführungen der Herausgeberin der „Sozialen Praxis“, Frau Prof. Wunderlich, besonders wichtig. Wir bringen nachstehend einen Auszug aus demselben.

D. R.

Für staatliche Sozialpolitik.

Die Verbundenheit mit letzten staatlichen Notwendigkeiten hat die Sozialpolitik in ihren Grundsätzen unabhängig gemacht vom Wandel der Staatspolitik. Sie hat daher in den Industriestaaten der Welt eine ähnliche Entwicklung genommen.

An zwei Stellen allerdings ist die Unterschiedlichkeit der staatlichen Willensbildung — ob demokratisch oder autoritär bzw. bürokratisch —, ob liberal oder polizeistaatlich —, ob individualistisch oder kollektivistisch — deutlich sichtbar: einmal in der Art des Einbaus der organisierten Wirtschaftsmächte, der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in den Staat, d. h. in dem Maß, in dem die politische Willensbildung sich durch sie hindurch vollzieht; zum andern in der Frage, in welchem Umfang staatliche Betätigung regulierend oder als Konkurrenz in die Wirtschaft eingreift und damit den Ausgangspunkt der Sozialpolitik verschiebt.

Die andere Frage betrifft den Eingriff des Staates in die Wirtschaft, sei es als Wirtschaftler selbst, sei es normgebend und regulierend. Der Staat ist in Deutschland ohne einheitlichen Plan weit in die Wirtschaft eingedrungen; auch seine sozial regulierende Tätigkeit ist in größerem Ausmaße erfolgt als in anderen Staaten. Die Ursachen für die weitgehende soziale Normierung der Wirtschaft durch den Staat sind nicht nur in der Staatsgläubigkeit der Deutschen zu suchen; sie liegen z. T. darin, daß die Wirtschaft sozial nicht genug selbst regulierte.

Die Proletarisierung weiter Schichten des Volkes in der Nachkriegszeit habe den deutschen Staat zu besonders umfangreichem sozialpolitischen Interventionismus gezwungen. Die soziale Abhängigkeit ist ein charakteristisches Merkmal des heutigen Deutschlands.

Es gibt keine Staatspolitik, die über diesen soziologischen und wirtschaftlichen Untergrund der Sozialpolitik hinweggehen könnte. Es gibt keinen Staatswillen, der sich gegen das ganze Volk auswirken könnte. Vorübergehend mag es versucht werden; nach kurzer Zeit wird es sich als unmöglich erweisen.

Eine Rechtfertigung der Sozialversicherung.

Obwohl die wirtschaftlichen und sozialen Umschichtungen ein Mehr an Sozialpolitik erfordern würden, ist infolge der schweren Wirtschaftserlöschung der bisherigen Bestand an einigen Stellen gefährdet. So ist die Frage aufgetaucht: Soll der Staatswille dem Drängen jener folgen, welche die Versicherung aufheben wollen, um die von der Wirtschaft Freigesetzten, die man aus der allgemeinen Fürsorge ausgliedern, in einer besonderen sozialpolitischen Einrichtung auffangen wollte, wieder an die Fürsorge zurückzugeben? Aus der Besinnung auf die letzten Notwendigkeiten jeder deutschen Sozialpolitik heraus gibt es auf diese Frage nur die Antwort eines klaren Nein.

Wie auch immer die Staatsführung aussehen mag: sie muß herauswachsen aus einem Volk freier, selbstverantwortlicher Menschen. Sie muß herauswachsen aus einem Volk, in dem die Ungesicherten aus eigener Kraft die Hilfseinrichtungen erbauen und nicht auf die Hilfe des Staates warten. Das Wort „wir wollen keinen Wohlfahrtsstaat“ hätte von der Arbeiterschaft geprägt werden können. Den Stolz des freien Staatsbürgers, der sich gegen die Peinlichkeit einer Hilfsbedürftigkeitsprüfung wehrt, kann kein Staat entbehren.

Die Gesetzgebung der letzten Zeit ließ die Erkenntnis vermissen, daß die Beiträge zur Sozialversicherung nicht öffentliche Mittel sind. Sie sind bei Arbeitnehmern gesparter Lohn, beim Arbeitgeber Beiträge zur Amortisation der Arbeitskraft, die den Abschreibungen für Maschinen entsprechen. Durch das „Ruhem“ der Renten, das die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 brachte, in Wirklichkeit die Befreiung von Leistungen, auf die ein Rechtsanspruch besteht, ist das Rechtsgefühl schwer erschüttert worden. Der Mann aus dem

Volke begreift nicht, daß ihm nach jahrelanger Beitragszahlung plötzlich die Leistungen verweigert werden. Das gleiche gilt für die Beschränkung des Rechtsanspruchs in der Arbeitslosenversicherung. Die Derunstaltung der Arbeitslosenversicherung ist nur dann zu ertragen, wenn man bedenkt, daß in Zeiten schwerster Not ein Lavieren von Tag zu Tag richtiger ist als der Umbau zu einem System, das der Notzeit entspricht und sich in normalen Zeiten als falsch erweisen kann. Wir müssen die Versicherung halten, um auf ihren kümmerlichen Resten in besseren Zeiten den Neubau zu errichten, der sonst an dieser Stelle nicht mehr möglich wäre. Wenn aber eine ungewöhnliche Wirtschaftstörung uns auf Wege gezwungen hat, die wir nur entgegen unserer besseren Überzeugung begehen, so soll man die hoffentlich nicht allzu fernen Zeiten der Besserung zur schleunigen Umkehr benutzen. Der wirtschaftliche Wert der Versicherung — eine Milderung des Angebotsdruckes am Arbeitsmarkt — kann, wenn auch nicht in gleichem Maße, von einer Fürsorge erreicht werden. Ihr staatspolitischer Wert, eine Stärkung der Kräfte der Selbsthilfe, der Selbstverantwortung, der Unabhängigkeit, des Gefühls gegenseitiger Verbundenheit der Volksgenossen ist von keiner Fürsorge zu ersetzen.

Eine Erleichterung von der Last der Sozialversicherung gibt es nicht. Denn Last ist nicht der Beitrag, sondern Last ist Krankheit, ist Arbeitslosigkeit, ist Invalvidität. Nur deren Beseitigung wäre Erleichterung. Solange sie bestehen, werden die Mittel zu ihrer Tragung und zur Beseitigung dieser Notstände aufgebracht werden müssen als eine notwendige Ergänzung des Arbeitseinkommens. In irgendeiner Form sind Krankheit und Erwerbsunfähigkeit immer von der Gesamtheit getragen worden. Die Frage der Tragbarkeit ist daher nur die nach der rationellsten Form der Hilfe. Die Sozialversicherung aber ist die rationellere Form, auch wenn wir zugeben müssen, daß sie technische Mängel aufweist. Eine Verschiebung vom Beitrag zur Steuer würde noch nicht Erleichterung, eher vielleicht Verteuerung bedeuten, weil die vorbeugenden Leistungen der Versicherung das Maß der Leistung einschränken. Außerdem ist Selbstversorgung immer billiger als Staatsversorgung.

Auch der Staat hat ein Interesse daran, das System zu erhalten. Er hat im Kriege erfahren, welche Kraft ein sozialversichertes Volk einzusetzen hat. Er kann den Jungbrunnen der Sozialversicherung nicht entbehren.

Das Arbeitszeitproblem.

Die Bedeutung des Problems der Arbeitszeit ist durch die Krise erst in vollem Umfange enthüllt. Heute steht nicht mehr die Frage der 48-Stunden-Woche zur Diskussion, sondern die der 40-Stunden-Woche. Als Krisenmaßnahme ist die Arbeitszeitverkürzung auch in einer hoffentlich nun folgenden Periode aufsteigender Konjunktur notwendig, weil der Prozeß der Auffaugung der Arbeitslosen selbst bei optimistischer Beurteilung der Konjunkturaussichten vermutlich ein langamer sein wird. Die Einhaltung der kurzen Arbeitszeit ist bei anziehender Konjunktur fast noch wichtiger als während der Krise. Denn läßt man der Entwicklung freien Lauf, so wird die Besserung der Wirtschaftslage sich in einer Verlängerung der Arbeitszeit auswirken, und die Arbeitsmarktentlastung wird weit hinausgeschoben.

Daß auf dem Wege freiwilliger Vereinbarungen nur wenig erreicht werden konnte, ist ein bedauerliches Zeichen. Heute müßte es möglich sein, durch Vereinbarung im nationalen und internationalen Kartell die Unterbietung der verantwortungsvoll handelnden Unternehmer durch moralisch weniger beschwerte zu verhindern. Der Weg dieser Vereinbarungen wäre erwünschter als der Staatseingriff, weil dem jeweiligen Bedürfnis der Industrie besser Rechnung getragen werden könnte, die Vereinbarungen sorgfältiger und schmiegsamer von Stellen gestaltet würden, denen die Möglichkeiten der Kompensation bekannt sind.

Die technische Revolution,

in die wir hineingerissen wurden, hat uns gezeigt, wie sinnlos es wäre, dem Rasen des technischen Fortschritts blind zu folgen, Überkapazitäten entstehen zu lassen, die die Verhältnismäßigkeit der Wirtschaft aufs schwerste gefährden. Es ist nicht notwendig, daß der technische Fortschritt auf die Dauer Arbeitslosigkeit erzeugen muß. Wir müssen ihn der Wirtschaft einpassen, ohne ihn zu unterbinden.

Die Notwendigkeit, zu einer neuen Proportionalität der Produktionszweige zu kommen, wird dazu zwingen, an einigen Stellen Hemmungen einzubauen, und eine derartige Hemmung könnte die Verkürzung der Arbeitszeit sein.

Jedenfalls werden wir in Zukunft, um Rückschlüsse, wie wir sie erlebt haben, zu vermeiden, den technischen Fortschritt so gestalten müssen, daß er entweder Konsumausweitungen, d. h. Preisenkung oder Lohnerhöhung, oder aber Arbeitszeitverkürzung zur Folge hat, zum mindesten bis seine reibungslose Einordnung in die Wirtschaft gelungen ist.

Auch den Unternehmer braucht dieser Ausweg nicht zu schrecken. Was er braucht, ist nicht immer lange Arbeitszeit, sondern meist Elastizität, die es ihm gestattet, sich besonderen Betriebsverhältnissen anzupassen. Stets wird es hier beim Kompromiß bleiben. Aber er sollte in Zukunft auf der Erkenntnis ruhen, daß die vorwärtstürmende Technik allgemein zur Verkürzung der Arbeitszeit drängt, schon deshalb, weil Rationalisierung in vielen Fällen die psychologische und physiologische Beanspruchung des Arbeiters gesteigert hat.

Planung der Wirtschaftsorganisationen.

Entschließen sich die Verbände nicht dazu, den Notwendigkeiten der Wirtschaftsplanung und der Verteilung vorhandener Arbeit Rechnung zu tragen, so geben sie ihre Initiative an den Staat weiter, der sich dem Eingriff auf die Dauer nicht entziehen kann. Denn er muß Hüter des Volkswohls sein, weil ein physisch verfallendes, moralisch sich zersetzendes Volk seinen Bestand gefährden würde. Für die Wirtschaft gilt hier wie an anderer Stelle: je mehr das Gesamtinteresse berücksichtigende, vernünftige Planung der Wirtschaftsorganisationen, desto weniger planwirtschaftliche Eingriffe des Staates. Je mehr sozialpolitisches Verständnis der Unternehmer, desto geringer die Notwendigkeit gesetzlicher Maßnahmen.

Mißglücktes Wirtschaftsexperiment.

Vor dem Arbeitsgericht Fürth wurde vor kurzem ein interessanter Prozeß verhandelt. Ein junger Schreinergefelle hatte Herrn Friß Schmidtkonz, Holzverwertung, Weinzierlein (Bay.), auf Nachzahlung des zu wenig erhaltenen Lohnes in Höhe von 576,66 RM verklagt. Das ist an und für sich keine außergewöhnliche Sache. Interessant wurde sie lediglich durch die in der Verhandlung festgestellten Tatsachen. Zunächst stellte sich heraus, daß Herr Schmidtkonz Hitleranhänger ist und das Bestreben hatte, einiges von dem, was in den nationalsozialistischen Versammlungen immer wieder getrommelt und gepfiffen wurde, in die Tat umzusetzen. So wenigstens stellte er es in der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht hin.

Obwohl kein Fachmann, wollte dieses Mustereigentum eines neuen Unternehmertyps Holzwohnhäuser bauen. Um seinen Plan durchzuführen zu können, brauchte er billige Arbeitskräfte. Diese erhielt er durch Inserate in der Parteipresse. Im „Dölkischen Beobachter“ und „Stürmer“ suchte er durch eine Anzeige tüchtige Maurer, Zimmerleute und Schreiner. Grundbedingung SA.-Mann. Aus allen Teilen Deutschlands meldeten sich die Leute. Selbst von der Wasserkante kamen sie. Allen Eingestellten wurde eine Erklärung vorgelesen, woraus zu ersehen war, daß die Arbeiter und Herr Schmidtkonz eine Arbeitsgemeinschaft bildeten, die später zu einer Art Selbsthilfe ausgebaut werden sollte.

Die Wirklichkeit sah für die SA.-Leute anders aus, und die Enttäuschung war am Ende riesengroß. Derprochene Kleider blieben aus. Das Essen war schlecht. Die Arbeitszeit betrug durchschnittlich pro Tag 10 Stunden und der Lohn wöchentlich, sage und schreibe 6 Reichsmark. Immer hofften die Leute auf die versprochene Gewinnbeteiligung und schufteten wacker drauf los. Aber von politischen Zukunftshoffnungen wird man nicht satt, und allmählich gingen ihnen die Augen auf, als sie merkten, daß das Vorhaben ihres Parteigenossen undurchführbar war. Als sie dann noch erfuhr, daß Schmidtkonz seine Zahlungen eingestellt und schon seit einem Jahr mit seiner Frau Gütertrennung vereinbart hatte, waren Arbeitseifer und der Traum von grundfänglich neuen Wirtschaftsformen schnell verfliegen. Der saubere Herr Schmidtkonz schloß kurzerhand seine Bude und warf seine SA.-Belegschaft, die inzwischen auf 16 Arbeiter angewachsen war, auf die Straße. Und dann fanden einige Arbeiter

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 19. bis 25. Februar ist der 8. Wochenbeitrag fällig.

„Handwerkskunst im Holzgewerbe“, die Fachschrift unseres Verbandes, bringt in dem soeben erschienenen Februarheft ausgezeichnete Illustrationen moderner Möbel und belehrende textliche Abhandlungen. Unter letzteren ist diejenige über die Kalkulation besonders bemerkenswert. Der Bezugspreis von 1,50 RM für das Vierteljahr ermöglicht trotz aller Schwierigkeiten den Bezug. Bestellungen durch die Zahlstellen oder direkt an die Geschäftsführung: Köln, Denloer Wall 9.

den Weg zu den so viel gelästerten Gewerkschaften und baten um Rat und Schutz.

Das Arbeitsgericht wies leider die Lohnklage mit der Begründung, daß kein Arbeits-, sondern lediglich ein Gesellschafts- oder Gemeinschaftsverhältnis vorgelegen habe, aus unbegründet zurück. Eine weitere Lohnklage, die von der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation vertreten wurde, wurde ebenfalls aus den erwähnten Gründen abgewiesen. Elf weitere Klagen gegen Schmidtkonz sind vorerst zurückgestellt. Abgerissen, mit zerfetzten Schuhen und Kleidern, sind die um eine riesige Enttäuschung bereicherten Arbeiter wieder in ihre Heimat zurückgewälzt. Sie werden hoffentlich ihre Erlebnisse als warnendes Beispiel in den Kreisen verbreiten, die Aufklärung dringend notwendig haben. Ph. C.

„Arbeitsbeschaffung“ in der Zelluloidwaren-Industrie.

Vor kurzem wurde in Herford eine Firma Stöver & Eßmann gegründet, welche mit der Strafanstalt Herford Verhandlungen führte, um von Gefangenen Zelluloidwaren herstellen zu lassen, wofür ein Tagelohn von 20 Pfg. — zwanzig Pfennige — bezahlt werden sollte. Ein entsprechender Vertrag sollte zu diesem Zwecke zwischen Firma und Anstalt abgeschlossen werden. Mit Recht wurde seitens der interessierten Gewerbezweige durch deren Arbeitgeberverbände gegen diesen Plan Einspruch erhoben. Dasselbe geschah auch seitens der Arbeitnehmer, insbesondere auch durch die Leitung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften mit einer entsprechenden Eingabe an das Preussische Justizministerium. Nun hören wir, daß infolge der Einwände von Arbeitnehmern und Arbeitgeber der vorhergedachte Plan etwas „gemildert“ werden soll. Es soll jetzt ein Tagelohn von 1,25 RM pro Mann bezahlt werden, wobei der Firma aufgegeben wird, beim Verkauf der Ware sich an die Marktpreise zu halten. Auch gegen diesen Plan muß unsererseits Einspruch erhoben werden. Er bedeutet zum mindesten eine ganz einseitige Begünstigung einer Firma gegenüber anderen privaten Unternehmern, welche immerhin einen wenn auch bescheidenen Lohn für fachkundige Arbeiter zu zahlen haben.

Worauf es nach unserer Auffassung hier ankommt: Ist es zu verantworten, daß eine staatliche Anstalt in heutiger Zeit, wo Tausende von Arbeitern aus der Zelluloidwarenindustrie auf der Straße liegen, Gefangene in einem so ausgesprochenen Fachgewerbe beschäftigt, wobei dazu noch eine unlautere Konkurrenz zum mindesten begünstigt wird. Abgesehen davon, daß von solchen „Facharbeitern“ bestimmt keine Qualitätswaren hergestellt werden können, sind wir doch der Meinung, daß die Gefangenen sehr wohl mit anderen Arbeiten beschäftigt werden können. Obendrein würde hier die Gefangenenarbeit noch dem Provitstreiben einer eigens dazu gegründeten privaten Firma dienstbar gemacht.

Berichte aus den Zahlstellen.

Eine Bezirkskonferenz in Essen befaßte sich mit der Lage des Verbandes in den letzten Krisenjahren, der Lohnpolitik unseres Gewerbes und weiteren aktuellen Fragen aus dem Arbeitsleben. Das Hauptreferat hielt der 2. Verbandsvorsitzende Schick, Köln.

Er führte aus, daß die langandauernde Wirtschaftskrise naturgemäß an der Auswärtsentwicklung unseres Verbandes im hiesigen Bezirk ganz besonders deshalb nicht spurlos vorübergegangen

sei, weil in den auf der Konferenz vertretenen Orten und Bezirken in der Hauptsache die Bauschreinerei als Arbeitsgebiet in Frage komme, die von der Krise des allgemeinen Baumarktes ganz besonders schwer betroffen wurde. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß der Verband trotzdem die Krisenzeit verhältnismäßig günstig überstanden hat. Neuerdings macht sich bereits wieder eine Aufwärtsentwicklung in den verschiedensten Zahlstellen des Bezirks bemerkbar. Auch in Zukunft gilt es, mit allem Nachdruck für eine entsprechende Bewertung der Arbeitsleistung unserer Kollegen einzutreten.

Der einzige Weg deutsche Ware wieder zur Geltung zu bringen, ist nach Überwindung der Krise die Herstellung von Qualitätsarbeit. Auf dem Gebiete machen sich erfreulicherweise neuerdings beachtliche Strömungen bemerkbar. In der Möbelindustrie beginnt wieder eine bessere Formentwicklung Boden zu gewinnen. Zur Herstellung guter Qualitätsarbeiten ist aber neben sonstigen Voraussetzungen auch eine geistig regsame Arbeiterschaft erforderlich. Diese Erkenntnis scheint aber in Unternehmerkreisen auch jetzt noch nicht vorhanden zu sein. Trotz bisher schon erfolgten erheblichen Lohnkürzungen, die gegenüber den allgemeinen verteuerten Lebenshaltungskosten fast unerträglich geworden sind, wurden Lohnabkommen und Tarif vor einigen Monaten erneut gekündigt. Der seit Ende vorigen Jahres eingetretene vertragslose Zustand wurde fast überall zu neuen, einseitig diktierten Lohnkürzungen ausgenutzt. Unsere Kollegen werden sich zu gegebener Zeit gegen derartige Maßnahmen zu wehren wissen.

In den Innungsversammlungen besteht über weitere Lohnkürzungen durchaus keine einheitliche Meinung mehr. Einsichtige Tischlermeister haben doch erkannt, daß sie sich damit langsam aber sicher selber den letzten Akt abzusagen beginnen und früher oder später mit samt ihren Gesellen auf den Wohlfahrtsämtern wiederfinden. Von einer Arbeiterschaft, deren Haupt Sorge sich darauf konzentriert, wie sie sich und die Familien am Leben erhält, kann auf die Dauer Qualitätsarbeitsleistung nicht mehr erwartet werden.

Eine weitere Folge dieser Entwicklung ist der durch den jetzigen vertragslosen Zustand heraufbeschworene Konkurrenzkampf, der bis zur endgültigen wirtschaftlichen Vernichtung des Konkurrenten führen muß. Schon in der Vergangenheit waren häufig infolge mangelnder genügender Aufträge geradezu erschütternde Submissionen bei Vergabe von Aufträgen zu beobachten. Dieser wilde Konkurrenzkampf wird aber infolge des jetzigen Zustandes in Zukunft noch eine weitere Verschärfung erfahren.

Die Konferenz stand unter dem unerfreulichen Eindruck der politischen Geschehnisse und Entwicklungen der letzten Tage. Wir sind von den inzwischen erfolgten Ereignissen keineswegs überrascht. Die Gewerkschaften im allgemeinen und wir als Holzarbeiter im besonderen haben schon in der Vorkriegszeit gegen eine Welt von Gegnern zu kämpfen gewußt. Sie werden auch die ihnen jetzt drohenden Schwierigkeiten zu überwinden wissen. Die heute noch zu der ASDAP zählenden Anhänger der Arbeiterschaft haben ihre Sympathie dieser Partei ganz gewiß nicht deshalb zugewandt, um unter noch stärkeren wirtschaftlichen Druck gesetzt zu werden, als es bisher schon der Fall war. Von einem Hugenbergkurs ist aber kaum etwas anderes zu erwarten. Wenn die organisierte deutsche Arbeitnehmererschaft in der für die nächste Zukunft uns bevorstehenden außerordentlich ernsten Zeit auf dem Posten ist und einig und geschlossen zusammensteht, werden auch die Bäume der Reaktion nicht in den Himmel wachsen.

Augsburg. Die Generalversammlung unserer Zahlstelle war vom besten Gewerkschaftsgeist befeelt. Der Jahresbericht des Vorsitzenden gab ein anschauliches Bild der vielseitigen Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr. Der Kassenbericht bestätigte beste Ordnung und Gewissenhaftigkeit in der Verwaltung. Mit Recht wurde allen Mitgliedern und dem Vorstand für die Verbandsstreue und wackere Arbeit im abgelaufenen Jahre Dank und Anerkennung ausgesprochen. Besonderen Dank erteteten die unermüdbaren Vertrauensmänner, junge Kollegen, für ihr mustergültiges Schaffen.

Die Wahl der Vorstandschaft ergab keine wesentliche Änderung. Der bisherige Vorstand wurde durch einstimmige Wiederwahl vollstes Vertrauen entgegengebracht.

Anschließend an den geschäftlichen Teil hielt Bezirksleiter Kollege Kronthaler ein wohlbedachtes Referat. Er streifte den freiwilligen Arbeitsdienst, das Notwerk der Jugend und die christliche Arbeiterhilfe. Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft sei politische Ruhe. Die soziale Entwicklung sei unbefriedigend. Insbesondere müsse zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit mehr geschehen. Die Fürsorge für Erwerbslose sei ungenügend. In der Arbeitslosenversicherung

könne von Selbstverwaltung nicht mehr die Rede sein. Auch stehen die Unterstützungssätze in keinem Verhältnis mehr zur Beitragsleistung. Zum Schluß sagte der Redner, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung in der Zukunft eine Mission zu erfüllen habe, die es jedem Mitglied zur Pflicht mache, mit allen Kräften Werbearbeit zu betreiben. Die Ausführungen des Bezirksleiters fanden ungeteilten Beifall.

Die kurz vorher stattgefundene Generalversammlung der Jugendgruppe zeigte ebenfalls volle Einmütigkeit und eröffnete einen Einblick in das frisch-frohe Treiben unserer Jungmänner. Die Wahl der Vorstandschaft zeigte ebenfalls eine reifliche Geschlossenheit; Kollege Heberle wurde wieder an die Spitze gestellt. Als Jugendleiter wurde zur allgemeinen Freude unser bisheriger Bezirksleiter wiedergewählt, der mit humorvollen Bemerkungen versprach, in engerer Fühlung mit der Jugend zu bleiben und auch in der Zukunft wieder Freud und Leid mit ihr, wie mit der ganzen Zahlstelle zu teilen.

Der von der Jugendgruppe durchgeführte Polierkursus, an dem 31 Kollegen teilnahmen, war ein voller Erfolg. Ein weiterer Kursus über Furnierzuschneiden und Zusammensetzen ist in Vorbereitung. Die Kurse und die Teilnahme daran beweisen den Eifer unserer Jugend zu fachlicher Ertüchtigung. Eine Reihe von Vorschlägen wurden gemacht über die zukünftige Arbeit innerhalb der Jugendgruppe. Auch ein großer Ausflug soll in diesem Jahre wieder durchgeführt werden, und zwar nach Lindau und Friedrichshafen. Voraussichtlich wird für die Holzarbeiter im Bezirk Schwaben ein Jugendtreffen in Lindau veranstaltet werden. Selbstverständlich wurde auch die weitere Stärkung der Jugendgruppe eingehend besprochen. Jedes Mitglied soll einen neuen Kollegen zu gewinnen versuchen, so daß wir bis zu unserem großen Familienfest am 25. März wieder mit neuem Erfolge auch in der Werbearbeit aufwarten können. Mit einigen Jugendlichen wurde die sehr schöne Jugendgeneralversammlung zum Abschluß gebracht.

Freiburg i. Schl. Zu unserer Generalversammlung war Kollege L'habitant aus Breslau erschienen. Nach begrüßenden Worten des Vorsitzenden, Kollegen Salzbrunn, wurde die Tagesordnung abgewickelt. Aus dem Jahresbericht ist zu erwähnen, daß von den Mitgliedern der Zahlstelle nur noch ein Kollege im Arbeitsverhältnis steht. Der gesamte alte Vorstand wurde wiedergewählt. Kollege Salzbrunn dankte für die Wiederwahl und forderte zu weiterem festen Zusammenhalt auf.

Kollege L'habitant hielt ein Referat über „Gegenwarts- und Zukunftsprobleme“. Die große Aufmerksamkeit der Kollegen war der beste Dank an den Redner.

Die Lage bei uns ist außerordentlich trübe. Auch der letzte Betrieb hat seine Pforten geschlossen. Aber wir lassen uns trotzdem nicht unterkriegen; wir werden dem Verbandsverbande auch weiterhin die Treue halten.

Büchermarkt.

Ermäßigung und Niederschlagung der Hauszinssteuer. Die Frage, wie und unter welchen Voraussetzungen man heute die Hauszinssteuer ermäßigt oder niedergeschlagen bekommt, ist für jeden Mieter und für jeden Hausbesitzer das aktuellste Tagesgespräch. Die Bestimmungen der Hauszinssteuerverordnung sind wiederholt in letzter Zeit ganz erheblich geändert worden. Alle diese Änderungen muß man aber kennen, wenn man Hauszinssteuer ersparen will. Aus diesem Grunde ist das soeben erschienene Büchlein: „Ermäßigung und Niederschlagung der Hauszinssteuer“ von Bankdirektor a. D. Rud. Körfggen, Steuerfachverständiger in Bonn, allen unsern Lesern auf das beste zu empfehlen, da schon eine einzige Auskunft den Gestehungspreis mehrfach bezahlt macht. Das Büchlein ist zum Preise von RM 2,— zu beziehen von R. Körfggen, in Bonn, Emekeilstraße 1, Postcheckkonto Köln Nr. 1081 31.

Infarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.
E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die vieresp. Millimeterzelle 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Rabattionschluss ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mt. 1,— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.